

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deu-
tschen Reiches

Inserate 20 Pf. die schägspaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Lage Blatteng 7 ihre erscheinende Nummer bis 5 Uh
Nachmittags angenommen.

1876.

Deutscher Reichstag

31. Sibung

Berlin, 25. Januar, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Del
brück, v. Philippsborn, Dr. Michaelis u. A.
Das Haus tritt in die Berathung des Nachtrages zum
Reichshaushalt-Estat für 1876.
§ 1 der Vorlage giebt die im Haupt-Estat vorbehaltene Uebersicht
über die Bertheilung der Matrikularbeiträge auf die Eingestaaten
während § 2 einen Zufluss für die Postfischerei in Rom von
26.200 Mark, eine Erhöhung des für die Weltausstellung in
Philadelphia bewilligten Betrages auf 550.000 Mark und
einen Beitrag zu der internationalen Ausstellung für Ge-
und heilspflege und Rettungswesen in Brüssel in Höhe
von 75.000 Mark fordert.

Urg. Bamberg: M. S., ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die zweite Nummer des § 2 lenken. Bereits zweimal seit drei Jahren hat der Reichstag beträchtliche Summen für Weltausstellungen bewilligt, ohne irgend welche Bemerkung zu machen. Wenn ich heute zu einer Nachtragbewilligung spreche, so glaube ich den Wünschen meiner Kollegen zu entsprechen, zumal da mir die Art der Bewilligung nicht ganz unbedeutend scheint. Denn wie verläuft die Sache eigentlich? Das A sagt der Bundesrat, resp. sagen die Bundesregierungen in dieser Weise, die schon von selbst den Reichstag bindet, da die Entschließung zu diesen Ausgaben in Ziffern, in denen der Reichstag nicht befassen ist, gewöhnlich erfolgt. Dann muß der Reichstag B sagen und nach einer konstanten Praxis in diesen Dingen zeigt sich dann, daß die bewilligte Summe nicht ausreicht, dann sagt die Regierung C und der Reichstag D, bis wir ziemlich weit im Alphabet kommen. Die in Vertracht kommenden Summen sind außerdem nicht gering. Die wienere Weltausstellung hat außer den 600,000 Mark, welche die einzelnen deutschen Staaten aufgewandt haben, dem deutschen Reiche 3 Millionen Mark gelöst. Die Ausstellung in Philadelphia wird uns nach letziger Sachlage ungefähr 600,000 Mark kosten, das macht also in drei

Schwage ungefähr 600,000 Mark kosten, das macht also in vier Jahren die Summe von 3,600,000 Mark, und wenn sich die Sache über drei Jahre regelmäig wiederholen sollte, den Betrag von 1,200,000 Mark per Jahr; das wäre etwa der Bruttoertrag der Tabaksteuer. Ich bin nun kein Gegner der Tabaksteuer, aber wenn ich die Wahl habe zwischen einer Weltausstellung oder die Umsetzung einer Tabaksteuer im Prinzip, so weiß ich noch nicht, wofür ich mich entscheide. Ich halte übrigens die Errichtung des Zweckes, für welchen diese Summen bewilligt werden, nach vielen Richtungen hin fraglich, obwohl ich der heutigen Absicht der verbündeten Regierungen gegenüber durchaus nicht ablehnend verhalten will, denn ich sehe die Nothwendigkeit ein, daß die verbündeten Regierungen so handeln müssten, wie sie gehandelt haben. Man wirft ihnen nämlich vor, daß unter Aus-
wechselhandel nicht genug ihre Fürsorge getreffe, so daß eine Weisierung, vorwurfsvolle Hebung unseres Exports zu versuchen, ihnen zum schweren Bestrafung genährt würde. Diese Klagen finden durch die Statistik keine Bestätigung, die Reichsstatsitistik hat jedoch ihren sechzehnten Band aus-
gegeben, aus dem dieseljenigen, welche ein Land für je glücklicher halten,
weniger es aus der Fremde einführt, sehen können, daß im Jahre
1874 unsere Einfuhr im Verhältnis zum Jahre 1873 um 13 bis 14
Prozent abgenommen hat. Während wir im Jahre 1873 für etwa
400 Millionen Thaler Waren importiert haben, haben wir im Jahre
1874 nur etwas über 1200 Millionen Thaler eingeführt, und auch die
berüfsfernen Anschaungen über den Ausfuhrhandel haben von der
eueren Statistik eine Korrektur zu erwarten. Das statistische
amt hat erklärt, seine Kontrolle bezüglich der Ausfuhr sei
unvollkommen, daß es sich lieber enthalte, die Schlußziffern
zu geben. Private Berechnungen haben ergeben, daß unsere
Ausfuhr nicht wie unsere Einfuhr abgenommen hat. Wir hatten
der wie in Oesterreich außer den handelspolitischen Rücksichten noch
andere Gründe, zur Beschildigung der amerikanischen Ausstellung zu er-
unternehmen. Wir sind gewiß alle damit einverstanden, der amerikanischen
Nation ein Zeichen unserer Sympathie zu geben, zumal da in
eurer Zeit ein unbedeutender Vorfall die Empfindlichkeit der Ameri-
kaner gegen Deutschland hervorgerufen hat, nämlich die Neuferierung
eines annehmlichen Blattes über den Zusammenhang eines großen Ver-
trages mit irgend welcher Erscheinung des amerikanischen Lebens.
Sie wir legt die lebhaftesten Sympathien für diese große Nation fund-
scheinbar, so haben wir es auch gethan zur Zeit des Sezessionskrieges,

unveren großen Nationen mit ihren Sympathien durchaus diesem Staatswesen nicht zur Seite standen. Selbst der vielberühmte Satz: "In Geldsachen hört die Gemüthslichkeit auf" wurde zur Unzufriedenheit und die lebhafte Beteiligung namentlich des deutschen Volkes bei der amerikanischen Staatschuld während des Sezessionskrieges beruhete nicht auf Kältil, sondern wirklich auf einem sympathischen Zuge zwischen den beiden Völkern. Man könnte nicht mit Recht meinen, dass das hohe Schutzzollsystem der Vereinigten Staaten einen Abhaltungsgrund sein sollte gegen die Beschilderung einer Ausstellung, denn was soll einer Nation, sagt man, welche so hohe Schutzzölle hat, die Belehrung, wie gut oder billig eine andere Nation produziert. Grade die in Deutschland kultivirten Produktionswege, die voll und Tuchwaren sind in Amerika enorm besteuert, theilweise bis zu 70 Prozent. Aber man hat eingegestellt, dass eine Ausstellung zu beitragen könnte, andere Anfragen in Amerika wachzurufen. Denn ich auch der Beschilderung dieser Ausstellung nicht feindlich gegenüberstehende, so möchte ich doch das Präjudiz vermeiden, dass durch die vierjährige, so mögliche in den kurzen Zwischenräumen erhebliche Bewilligung die Regierung ermächtigt sei, die Beteiligung des deutschen Reiches mit großen Summen vorauszusezen. Der Missbrauch mit den Weltausstellungen durchaus nicht zu billigen, vor allen Dingen sollte man auf längere Zwischenperioden sehen. Italien und Russland haben sich mit Recht geweigert, zu Ehren einer Weltausstellung ihr Budget zu befreien. Speziell wir Deutschen haben am allerwenigsten Grund zu einer solchen Ausgabe, da gerade die durch solche Ausstellungen geförderten Zweige der Gewerbstätigkeit bei uns am schlechtesten vertreten sind. Denn die Schaulust der Menge wird nie befriedigt durch die deutsche Ausstellung, das ist meine persönliche Erfahrung. Es fehlt an Glanz, an Eleganz der künstlerischen Leistung, was auch die Anziehungskraft, an Eleganz der künstlerischen Leistung, was auch den amtlichen Bericht über die wiener Weltausstellung (Heft 17) konzentriert. Die wohlfeile und massenhafte Produktion eignet sich nicht für Ausstellungen, deshalb hat mit Recht die Wollwirkeret die wiener Ausstellung nicht besucht. Noch eins möchte ich in Bezug auf die Amerikanische Ausstellung der Regierung empfehlen. Außer der regulären vom Staate eingesetzten Kommission besteht noch eine Kategorie von Vermittlern und Agenten, welche schon bei früheren Ausstellungen veranlaßt haben, die am leichtesten aus unzivilisierten, schwäbischen Gestrüppen sich rekrutieren und auf dem Boden von Philadelphia ein sehr gefährliches Element werden können. Hierüber erst vorsichtigen Auswahl dieser Agenten mag die

Regierung ihre Abgesandten instruieren. Ich sage dies auf Grund von kompetenten Andeutungen und Warnungen, welche mich aufmerksam machen, daß bereits eine Schaar von Agenten wie hungrige Wölfe darauf warten, unsres ausstehenden Industriestandes gründlich zu plündern. Generell möchte ich noch bemerken, daß ich in den amtlichen Berichten über die Wiener Weltausstellung manchen Hauptgesichtspunkt vermisste. Von dem Gesichtspunkte der Technik und Gelehrsamkeit sind alle ganz vorzestrichen, aber den Punkt der Handelsbeziehungen habe ich in allen Hesten, wenn ich nicht Unglück in Sachen gehabt habe, absolut nicht finnen können. Obwohl ich die Schwierigkeiten einer solchen Darstellung im Momente der Ausstellung nicht versenne, möchte ich doch die Regierung ersuchen, ihre Mandatare zu instruiren, daß sie von vornherein die kommerzielle Seite des künftigen Ausstellungsresultats ins Auge fassen, da wir ja für unsere Subventionen von den einzelnen Ausstellern Notizen nehmen und von ihnen später Berichte verlangen können. Eine solche Ermitlung würde für unsere künftige Haltung Welt-Ausstellungen gegenüber außerordentlich wichtig sein. Um die Reihe meiner pia desideria nicht zu lang zu machen, will ich damit schließen, daß ich die Vorstellung, als deren Mandatar ich die verbündeten Regierungen ansehe, bitte, uns noch lange zu verschonen mit einer Weltausstellung in Berlin (Heiterkeit). Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche von der vierzigtausendpfund Stadt Berlin gern Uebles sagen und ich glaube, daß diejenigen, welche ihr leicht Uebles nachsagen, es am meisten deshalb thun, weil sie trocken doch nicht leugnen können, daß sie sich unverständlich von ihr als Zentrum deutschen Lebens angegogen fühlen. Aber ich glaube, daß die Gefahren einer Weltausstellung hier den wenigsten Widerstand in den Verhältnissen finden wird. Man ist jetzt glücklicherweise davon zurückgekommen, daß es wirklich eine Hebung des Nationalwohlseins bedeute, wenn einmal vorübergehend in einer Stadt so viel Schaubühnen aufgeschlagen werden, daß Groß und Klein zusammenlaufen, daß viele Kaffee- und Bierhäuser entstehen, daß von den höchsten Spitzen der Gesellschaft bis zu den untersten Schichten der Taschendiebe, alles auf ein paar Monate zusammenströmt. Deshalb schließe ich mit der Empfehlung: Nicht zu viel Weltausstellungen unnamlich keine in Berlin!

Präsident Delbrück: Ich kann dem Vorredner die Versicherung geben, daß die Reichsfinanzverwaltung gewiß aus dem zufagenden Votum des Reichstages in diesem Falle nicht eine Berechtigung herleiten wird, auch für zukünftige Fälle für alle Weltausstellungen eine gleiche Zustimmung zu erwarten. Ich persönlich erkläre, daß unter den ja nicht immer angenehmen Nachrichten, die ich zu bekommen habe, mir die Ankündigung der internationalen Ausstellung eine der allerunangenehmsten war, weil ich sofort aus dieser bloßen Ankündigung die weiteren Konsequenzen sah, und es beruhigte mich daher durchaus nicht die Zuversicht, daß der Reichstag demnächst sich bereitwillig finden lassen werde, das Geld zu bewilligen. Mir ist ganz abgesehen davon, eine solche Ausgabe, von der ich nicht von vornherein die Überzeugung haben kann, daß sie sich, wenn auch auf anderer Weise wieder einbringen läßt, im höchsten Grade widerwärtig. Auch im Schoß des Bundesrates ist diese Bewilligung nur beschlossen worden nach sehr ernster Erwägung aller der Momente, die es ungünstig erscheinen ließen, sie nicht zu bewilligen. Man weiß auch im Bundesrathe sehr gut, daß eine Menge sogenannter internationale Ausstellungen keinen anderen Zweck haben, als einer bestimmten Stadt einen reichen Fremdenfluß zuzuführen und gewisse Unternehmungen, denen ein öffentliches Interesse nicht zu Grunde liegt, zu fördern; und dazu mitzuwirken wird der Bundesrat gewiß nicht bereit sein. Was den Wunsch betrifft, die deutschen Aussteller vor gewissen Agenten zu schützen, so kann ich versichern, daß von Seiten des deutschen Reichs Alles geschehen ist, was in dieser Beziehung geschehen konnte. In Bezug auf den zweiten von dem Vorredner geäußerten Wunsch kann auch ich nur sagen, ich wünsche, daß er sich erfüllen möge, ich muß aber betonen, ich glaube schwerlich, daß es möglich sei. Die einzelnen Industrien — und ich kann Ihnen das gar nicht übel nehmen — sind, wenn es sich um Anknüpfung neuer Verbindungen handelt, ganz ungemein wenig geeignet, mittheilhaft zu sein. Sie pflegen, so lange sie können, eine jede solche neue Verbindung als ihr Geheimnis zu betrachten, am allerwenigsten aber dann Mitteilungen zu machen, wenn sie wissen, daß dieselben aller Welt zugänglich gemacht werden sollen. Was endlich der Blick in die Zukunft des Berliner Ausstellungsvorhabens betrifft, so liegt diese Sache, meinem Gefühl, noch in so weiter Ferne, daß ich augenblicklich glaube, gar nicht weiter darauf eingehen zu sollen.

Abg. Reichensperger: Die Nr. 1 des § 2 verlangt von uns eine nachträgliche Neubewilligung von nicht weniger als 26,200 Mark für die Gesandtschaft in Rom. Ich kann für diese Bewilligung nicht stimmen. An dem alten Grundsatz der Sparsamkeit, der Preuschen groß gemacht hat, sollten wir auch bei den Ausgaben für das Reich festhalten; am wenigsten aber haben wir Ursache davon abzuweichen bei den Bewilligungen für das Auswärtige Amt. Von seinem Gebiete der Reichsverwaltung wird der Reichstag in einem solchen Grade und auf eine solche Weise stiefmütterlich behandelt, als vom Auswärtigen Amt. In den parlamentarischen Vertretungen aller Staaten ist es Sitte, die auswärtigen Angelegenheiten vor allen anderen erschöpfend und eingehend zu behandeln, und die Regierung kommt diesem natürlichen Recht überall durch weitläufige Promemorias, durch Gesetze, Blaubücher u. s. w. bereitwillig entgegen. Bei uns im deutschen Reichstag ist eine solche Besprechung etwas ganz Fremdes geworden. Ich konstatiere, daß in dieser ganzen Session die auswärtige Politik noch gar niemals zur Sprache gekommen ist. Wir werden darauf angewiesen und gezwungen, unsere Anschauungen über auswärtige Politik ausschließlich aus den Zeitungen zu entnehmen; und daß das zu ganz außerordentlich weitgehenden Bedenken und tief schädlichen Folgen führt, lehrt eklatant der bekannte Vorgang vom Frühling vorigen Jahres. Als die offiziöse Presse glücklich die Kriegserklärung in Szenen gesetzt hatte, durch welche die Interessen des Landes aufs tiefste geschädigt wurden, sprach die auswärtige Presse von einer berliner Drohnote, die eine Kriegserklärung in sich bergen sollte. Wie es sich damit verhielt, ist niemals aufgellärt worden; und unsere offiziöse Presse wurde verschäflich gezwungen, sich selbst Lügen zu strafen und wieder abzuwiegeln. Ich hatte immer erwartet, daß dieser Gegensatz hier im Hause zur Sprache gebracht werden würde, und zwar von einer magazinierenden Fraktion. Denn wir haben es deshalb nicht gethan, weil, wenn wir solche dunklen Punkte erörtern wollen, wir gar zu leicht Missdeutungen unterliegen. In den Motiven zur Begründung des Zuschusses für die deutsche Botschaft in Rom wird auf die englischen und russischen Botschaftergehälter hingewiesen. Das kann für uns unmöglich magazinieren. Alle Welt weiß, daß Frankreich und England größere Geldmächte und gewohnt sind, überall mehr Geldaufwand zu machen als wir. Wir sollten uns hüten einem solchen Beispiel zu folgen, wir würden bei einer Konkurrenz doch schließlich hinter jenen Staaten zurückbleiben. In diesem speziellen Fall aber habe ich außerdem keine Ursache zur Erhöhung des Glanzes für den Quirinal eine Samme

bewilligen, während der Papst der älteste Souverän in Europa wider alles Recht von seinem Herrschaftsrecht verdrängt ist und im Batilan die Hilfe Gottes erwartet, um den Rechtszustand wieder herzustellen. Das sind die Gründe, die mich bestimmen, gegen diese Summen zu votiren. Was die Nr. 2 des Paragraphen, die Summe für die Ausstellung in Philadelphia betrifft, so hätte der Präsident des Reichskanzleramtes, wenn ihm die Ankündigung davon wirklich so unangenehm war, doch ein sehr bequemes Mittel gehabt, sich alle Summuthungen, die die Kosten des Reiches in Anspruch nehmen, für immer fern zu halten. Er hätte nur in diesem Falle einfach zu sagen brauchen: quod non, und ich begreife auch eigentlich gar nicht, weshalb dies nicht geschehen. Es ist durchaus eine Illusion, wenn man meint, daß durch derartige Ausstellungen die Kunst und Industrie gehoben und gefördert werde; und ich kann auch zur Besichtigung dieser Ausstellung auf Kosten des Reiches meine Zustimmung nicht geben. Bei der 3. Nummer dieses Paragraphen erkenne ich die Berechtigung und die Wohlthat des Zweckes, der erreicht werden soll, vollkommen an, jedoch scheint mir die Höhe des hier geforderten Betrages 75,000 Mark bedenklich. Wenngleich ich gegen diese Position nicht stimmen will, muß ich doch vor der Maxime warnen, auf Kosten des Staates Privatunternehmungen, denn ein solches ist diese Ausstellung für Gesundheitspflege, zu unterstützen. Diese Art Staatshilfe würde zu bedenklichen Konsequenzen führen.

Präsident Delbrück: Die Frage der Vorlegung von Blaubüchern an den Reichstag ist schon in einer früheren Sessjon ausführlich erörtert worden; und die Grundsätze, die damals von Seiten des Reichskanzlers gegen diese Vorlegung vorgebracht wurden, haben sich der wiederholten Anerkennung seitens der Mehrheit des Hauses zu erfreuen gehabt. (Bustimmung.) Was aber die Thatfache anlangt, daß während des Ablaufs dieser Sessjon von den auswärtigen Angelegenheiten nicht die Rede gewesen ist, so überrascht es mich, daß der Vorredner sich darüber heute, und bei diesem Gegenstand der Berathung beklagt. Ich denke die Diskussion über das Auswärtige Amt hat im vorigen Jahre stattgefunden in einer Sitzung, welche der Träger der auswärtigen Politik des deutschen Reiches persönlich besuchte. Dort wäre der richtige Ort gewesen, die auswärtigen Dinge zur Sprache zu bringen; ich erinnere mich aber nicht, daß dies von irgend einer Seite — auch nicht von dem Vorredner — geschehen sei. Es kann somit die Klagen, die er über das Fehlen dieser Diskussion erhoben hat, nur getrost an seine eigene Abreise richten. — Die brüsseler Ausstellung ist allerdings ein Privatunternehmen, aber nicht in dem Sinne, daß ein Privatunternehmer nur die geläufigten Kosten trägt, sondern in dem Sinne der großen englischen Ausstellungen, die sämmtlich von Privaten ausgingen. Es handelt sich um Gegenden, die zum Theil erst angefeierlt werden müssen. Das Reich ist in letzter Linie und nur für solche Kosten angegangen worden, die sich auf anderem Wege nicht beschaffen lassen.

Abg. Freiherr v. Dölker: Die vielfach abspredenden Ausführungen des Abg. Bamberger sowohl wie die des Abg. Reichenperger werden vom Volke in seiner Mehrheit schwerlich getheilt werden. Der wohlthätige Einfluss der Weltausstellungen auf Handel, Gewerbe und Kunst ist unbefreitbar, aber er ist ein indirekter, der sich nicht immer sofort ziffermäßig nachweisen lässt.

Abg. Schröder (Lippstadt): Es bedarf eines gewissen Mutbes, um bei der verhältnismäßig geringen Forderung von 26,000 Mark das Wort zu nehmen, ich schöpfe ihn daraus, daß ich mir vergewißt habe, daß jedes Tausend hier verwilligter Mark aus der Tasche unserer Wähler erzeigt werden muß. Es ist kein Grund vorhanden, unsere Diplomaten deshalb schlecht zu bezahlen, weil wir von unserer auswärtigen Politik nichts hören, man müßte sie im Gegentheil, läge der Grund des Schweigens darin, daß wir nichts zu befürchten haben, recht gut bezahlen. Welches aber die Erfolge unserer auswärtigen Politik sind, hat der Abg. Reichensperger mit dem Hinweis auf bestimmte Thatlachen dargelegt. Was wir damals erfuhren, war, daß der Friede ernstlich bedroht sei durch Deutschland und daß die Gefahr bestellt wurde nicht durch Deutschland, sondern durch eine andere Macht. Von solchen Vorgängen, denen amtlich nicht widersprochen worden ist, sollten die Vertreter des deutschen Reiches doch wenigstens einige Kunde erhalten. Nach den Vorgängen bei der Erhöhung der Gehälter des Botschafters in London vor 3-4 Jahren und des Botschafters in Paris gerade zu einer Zeit, wo an Stelle des luxuriösen kaiserlichen Hofes eine nüchterne republikanische Regierung trat (Heiterkeit), scheint sich hier die Praxis herausgebildet zu haben, die Gehälter der Botschafter ebenso zu behandeln, wie die Bibillisten des Monarchen. Der Reichskanzler hat in der eben erwähnten Gehaltsbeschreibung des Botschafters in London selbst erklärt, daß die Geldfrage mit der Erhöhung

hung eines Gesandten zum Botschafter nichts zu thun hat, offenbar ist aber doch die äußerliche Veranlassung zu der Vorlage aus der in Folge einer Courtoisie erfolgten Rangerhöhung des Gesandten in Rom herzuleiten. Das Motiv der Vorlage, es sei der Würde des Reichs nicht entsprechend, daß die vorligen Missionsschefs, wie es bisher geschehen sei, bedeutende Summen zuzuschicken gehöthigt werden, hat mich nicht angenehm berührt; dieses bei jeder Gelegenheit ins Feld geführte Motiv kann dadurch leicht seine Kraft verlieren. Ich muß auch dagegen demonstrieren, daß auf die Theuerung Bezug genommen wird. In der nach der Okkupation Roms durch die italienische Regierung eingetretenen enormen Theuerung ist seit dem vorigen Jahr ein Rückschlag eingetreten. Der dortige deutsche Gesandte bezahlt 75.000 Mark in Gold, also das bedeutende Goldagio eingerechnet über 100.000 Lire. Soviel haben neben einer Wohnung, wie sie der Palazzo Caffarelli bietet, nur Wenige in Rom zu verzehren. Die Kosten der von uns verwüstigen Summe zur Herstellung und Ausbildung dieses Palastes von über 900.000 M. und die jährlichen Kosten der Instandhaltung desselben, die auf mindestens 10,000 M. veranschlagt werden müssen, zu dem Gehalt hinzugerechnet, geben eine Summe von 145.000 M., während der Aufwand für den englischen Botschafter in London nur 144.000 M. beträgt. Der Vergleich in den Medaillen mit dem russischen Botschafter trifft auch nicht zu, denn der Rubel ist zu hoch im Tausch angenommen. (Oho!) Wir sollten jedenfalls den Ausfall der Beratung über den sogenannten Arnimparagraph vor der wir siehen, abwarten und zusehen, wer bei uns noch Diplomat bleibt und wer es noch werden will. Ich habe nach der letzten Stunde des Reichskanzlers über Schusmann und Diplomat die Aeußerung vernommen: Ich will lieber Schusmann an der Ecke der Leipziger und Friedrichstraße sein, als Diplomat (Rufe: Geschmacksache). Ja wohl, das ist Geschmacksache; ich habe mich meinerseits entschieden, daß ich keines von beiden sein möchte (Große Heiterkeit).

Abg. Graf F r a n k e r g : Gegenüber den Exkursionen des Vorredners auf Gebiete, die in einem sehr losen Zusammenhange mit der vorliegenden Frage stehen, möchte ich darauf hinweisen, daß die Erhöhung des Gesandten in Rom zum Botschafter, welche wir uns haben auferlegen müssen, unabhängig von uns erfolkt, daß sie uns gewissermaßen vorausgesetzt worden ist. (Oho! im Benthum.) Die auswärtigen Mächte haben nach der Erhebung des deutschen Reiches auf seinen heutigen Standpunkt im europäischen Concert

unsere erachtet, ihre hiesigen Gesandten zu Botschaftern zu ernennen, und es war eine selbstredende Gegenleistung unsrerseits, daß wir unsere Gesandten an den dortigen Höfen ebenfalls im Range erhöhten. Die Sache wird erst dann ihren Abschluß finden, wenn die Gesandten aller Großmächte zu Botschaftern ernannt sind. Besser wäre es vielleicht überhaupt unterblieben. Nach den Vorgängen in der italienischen Kammer und dem Besuch unseres Kaisers in Italien bedauere ich, heute hier eine Polemik eröffnet zu sehen, die nicht ganz auf der Höhe der Situation und der idealen Gefühle, die sich damals bei jedem Deutschen geltend gemacht haben, steht. (Beifall) Der Palazzo Caffarelli ist der Sammelpunkt der deutschen Gesellschaft in Rom vom Bonnemsten bis herab zum Künstler. (Gelächter links) Es wäre des deutschen Reichs gewiß unwürdig, wenn es einen bestimmten Diplomaten nach Rom hinschicken wollte, dies aber aus pekuniären Rücksichten nicht könnte; der Abg. Schröder hätte sich hier von denselben Erwügungen leiten lassen sollen, die ihn bestimmt haben, für die Diäten der Reichstagsabgeordneten zu stimmen.

Abg. Windhorst: Der verehrte Kollege aus der Botschafter-Fraktion hat auf der Höhe der Situation gestanden, als er die Diätenfrage des Reichstages mit dieser Frage in Verbindung brachte, im Übrigen bin ich der Ansicht, daß er die Lage der Dinge gänzlich verkannt hat. Darüber, ob Herr v. Reuß oder, wie es nach den eben gemachten Ausdeutungen scheint, ein anderer der weniger reich als er ist, Gesandter oder Botschafter heißen sollte, haben wir gar nichts zu sagen. Alle die idealen Gefühle von denen der Vorredner gesprochen hat — ich habe gar keine Gefühle dabei — werden absolut nicht verlegt, wenn auch diese Position abgelehnt wird. Ein Botschafter in Rom kann mit dem bisherigen Gehalt gewiß auskommen, sowie auch der pariser Botschafter ohne eine Erhöhung hätte auskommen können. Bei der gegenwärtigen Not in Deutschland (Unruhe) — die Herren scheinen davon nicht überzeugt zu sein — sollte man nicht Bewilligungen machen zu dem bloßen Zweck, damit die Deutschen, die Geld genug haben, nach Rom zu reisen, einen angenehmen Abend in dem Palast Caffarelli verleben können. Keine andere Macht, am allerwenigsten Italien kann uns etwas entziehen, dazu sind wir doch zu stark, deshalb sind alle diese Neuerungen für mich — pro nihilo (Sturmische Heiterkeit).

Abg. Graf Bethuß-Huc: Der Abg. Schröder schien anzudenken, daß beste Lob für Diplomaten sei, was man sonst als das beste Lob einer Frau bezeichnet, daß am wenigsten von ihr geredet wird. Man hat auf frühere sabelrasende Zeitungserüchte hingewiesen; solche Gerüchte gewinnen nur dadurch an Gewicht, wenn Mitglieder dieses Hauses noch 6 Monaten sie wieder aufnehmen. Sie sollten so lange pro nihilo angesehen werden, bis sie von einem amtlichen Organ bestätigt werden. Ich muß die Frage, ob die Gesandten in Rom mit dem bisherigen Gehalt auskommen können, beurtheilen; es ist notwendig, daß wir Diplomaten auf große Posten nicht senden können, weil sie nicht im Stande sind, ex proprio zu zufinden. Die Bemerkung des Vorredners über die angenehmen Abende im Palast Caffarelli scheint mir sehr die Wichtigkeit des Beitrags eines beglaubigten Botschafters mit den Mitgliedern seiner Nation zu unterschätzen. Die unvergängliche bestehende geschäftliche Krise unseres Landes kann uns nicht erhalten, diejenigen Posten zu bewilligen, welche zum Schutz der Interessen des Vaterlandes nötig sind. Des Rudels Kern, weshalb die Herren vom Zentrum gegen die Bewilligung dieser verhältnismäßig geringen Summe sind, ist, daß sie das Freundschaftsverhältnis d. s. deutschen Reiches zu Italien mit ungünstigen Augen ansiehen. (Sehr wahr! Widerspruch im Zentrum.) Ich werde sehen, ob Sie (um Zentrum) den Mut haben werden, dem zu widersprechen. Ich glaube, daß der deutsche Reichstag ein großes Interesse hat, vor Europa zu konstatieren, daß er dieses Freundschaftsbindnis, dem der deutsche Kaiser die stärkste Sanction gegeben hat, auf das Allerlebhafteste billigt und auf seine Erhaltung den größten Werth legt. (Beifall. Bischen im Zentrum.)

Abg. v. Benninghausen: Ich wundere mich durchaus nicht darüber, daß die Herren vom Zentrum gegen diese Forderung stimmen und dies motivieren; aber daß der Sache diejenige Bedeutung des Widerspruchs beigegangen ist, wie das hier geschehen, kann uns allerdings wundern; denn was ist die Folge davon? Errednen werden Sie doch nicht mit Ihrem Widerspruch, daß die Majorität des Hauses Ihnen beitritt; erreichen werden Sie nur, daß Sie Ihrer isolierten Stellung in allen diesen Fragen gegenüber der Vertretung des deutschen Reiches nach außen und vor der Welt hier von Neuem Ausdruck geben durch die Abstimmung, die Sie selbst provoziert haben. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, es wird sich hier zeigen, daß allen Parteien des Hauses, so verschieden sie auch sonst in politischen Dingen denken mögen, in dieser Frage geschlossen gegen Sie allein zusammenstehen, und, meine Herren, das ist für diese Frage und für die Stellung von Deutschland nicht schädlich, aber für Ihre Stellung könnte es möglicherweise nachtheilig sein. (Rufe im Zentrum: O nein!) Denn die Überzeugung werden Sie niemals dem deutschen Volke beibringen, daß wenn jetzt, nach den Erfolgen des Jahres 1870 nach der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches, wir auch die Stellung für unsere Vertreter im Auslande bei den großen Mächten in Anspruch nehmen mit voller Zustimmung dieser anderen Nation und ihrer Monarchen — daß das etwas wäre, was im Widerspruch mit den Wünschen des deutschen Volkes stände, wenn es auch wirklich jährlich einige Tausend Thaler mehr kostet. So weit sind wir noch nicht heruntergekommen, so tief sind die Notstände in Deutschland nicht, wenn auch Niemand die Krise ableugnen will, die wir alle beklagen, daß wir für die Würde und das Ansehen des deutschen Reiches, welches wir nach schwerem Rütteln, nicht diese wenigen Tausend Thaler aufwenden könnten, wenn andere Länder wünschen, die Beziehungen unserer diplomatischen Agenten gegenseitig auf eine höhere Stufe zu heben, wie es auch von Italien geschehen ist. Wir legen Werth auf das gute Verhältnis mit dem italienischen Volke und dessen Monarchen. Ob Sie das thun oder nicht — Ihre Aeußerungen schienen das zweifelhaft zu lassen — daß kann der deutschen Nation gleichzeitig sein; Sie haben Gottlob nicht die Entscheidung zu geben (Rufe im Zentrum: Sie auch nicht! Auf links: O ja!) über die Beziehungen zum italienischen Reich. Wir wünschen, daß die bisherige sympathische Politik beibehalten werde und wollen diesem Wunsche mit möglichster Majorität durch unsere Beflütige Ausdruck geben. Dann wird das Band, welches durch die Verhandlungen im Frühjahr und durch die Begegnung der Monarchen herbeigeführt ist, das Band der gemeinschaftlichen Interessen bei großen Fragen — ich will sie nicht näher berühren — verstärkt werden durch den Ausdruck der formalen diplomatischen Beziehungen und wir werden uns wohl währen, wenn die Entscheidung darüber getroffen werden soll, die zunächst vom Kaiser des deutschen Reiches zu geben ist, welchen Charakter der deutsche Gesandte in Italien haben soll, durch die Abstimmung der Forderung, diese Stelle angemessen zu dotiren, eine Kritik einer Handlungswelt einzuhüllen, die wir gerade im Interesse des deutschen Reiches und der guten Beziehungen Deutschlands zu Italien nur in hohem Grade billigten können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Hoenel: Es ist noch nicht ganz richtig, was Graf Bethuß gesagt hat, daß die Mitglieder der Zentrumspartei nicht den Mut gehabt hätten, diejenigen Gründe zu entwickeln, welche sie bestimmen, gegen die Position zu stimmen. Im Gegenteil hat der Abg. Reichensperger offen erklärt, daß es gerade der Gegensatz sei, den sie zu einer Politik empfinden, die sich in ein freundliches Verhältnis zu Italien setzt. Erinnern Sie sich, daß er den Gegensatz zwischen dem Palast Caffarelli und dem Palast vorbereitet hat. Sie (zum Zentrum) haben es in der That provoziert, daß wir diesen Posten unter höheren politischen Gesichtspunkten betrachten. Wenn es sich wirklich nur um die Frage handelt, ob 25 000 M. mehr oder weniger, — darüber läßt sich diskutieren, ob könnte man den Kalkulator hinziehen und sich erkundigen, ob wirklich nach Aussage der Preisverhältnisse in Rom die 25 000 M. notwendig sind oder nicht, — und in der That ja einen Abgeordneten gehört, welcher dieses Offizium des Kalkulators an diesem Posten bereits ausgeübt hat. (Heiterkeit) Meine Partei ist nicht im Stande, zu beurtheilen, ob 25 000 Mark mehr oder weniger nötig sind. Wir müssen uns hier auf den guten Glauben der Regierung verlassen. Wie sollen wir beurtheilen, ob die Brodpreise in Rom gestiegen sind oder nicht? Wie sollen wir den Um-

fang der Repräsentation beurtheilen, die zweifellos auch wir von unsrer Gesandten erwarten, selbst bis zu den Künstlerkreisen herunter, wie gesagt wurde. (Heiterkeit) Wie sollen wir diesen Umfang beurtheilen, und wie sollen wir die persönlichen Vermögensverhältnisse jedes einzelnen Botschafters in Rom prüfen? Nein, meine Herren, dem entziehen wir uns; das ist ein Posten, der in einem Zusammenhang steht, wo 25 000 Mark nicht in Betracht kommen. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß man auch ohne die 25 000 Mark eine gute Politik treiben könnte, das davon in der That nicht unter Freundschaftsverhältnis zu Italien abhängt. Aber in dem Augenblick, wo man diese Frage hineinwirft, da zieht man uns auch nicht den mindesten Anlaß, in kalkulatorischer Weise einem derartigen Posten gegenüberzutreten. Das sind die Gründe, aus denen wir für die Position stimmen werden. Hätten die Herren aus dem Zentrum diese Debatte nicht angeregt, so wäre niemand in diesem Augenblick zweifelhaft, ob er dasselbe thun solle. (Beifall)

Abg. Reichensperger (Krefeld): Wenn der Abgeordnete von Benninghausen meint, daß wir durch unsere heutige Abstimmung unsere Position verschlimmern, so kann ihm dies ja nur angenehm sein, denn er hat sich nie a's unter Freund bewiesen. Es ist von verschiedenen Seiten bemerkt worden, daß um der deutschen Politik, um des Verhältnisses zwischen den beiden Monarchen gegen die Position stimmen. Ich habe diesen Punkt gar nicht berücksichtigt, und ich wundere mich, daß gerade der Abg. v. Benninghausen in seiner auto-italienischen Stellung, die er Andern gegenüber aufrecht erhält, mir dies instinktiv hat. Es pflegt sonst nicht Sitte zu sein, jemandem Motive unterzuschieben, die er nicht ausspielen hat. Ich habe von dem Gegensatz zwischen Durinal und Baitan geladen, und das liegt auf einem andern Gebiete. (Widerspruch links.) Glauben Sie wirklich, daß abgesehen von persönlichen Sympathien ein intimes politisches Verhältnis zwischen beiden Regenten obwaltet? Wenn Sie es glauben, mögen Sie es thun, ich glaube es nicht.

Abg. v. Schorlemmer: Ich beantragt getrennte Abstimmung über die einzelnen Positionen, um dem Zentrum Gelegenheit zu geben, seine volle Stellung, auf die es sehr stolz sei, (Beifall im Zentrum), recht deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Verbißlich bemerkte der Abg. Schröder (Oppeln), er habe den Muth, zu leugnen, daß seine Partei zu ihrer Haltung in der vorliegenden Frage durch das Freundschaftsverhältnis beider Länder bestimmt worden sei. Den Vergleich des Abg. Haniel mit dem Kalkulator findet er sehr geschmeckt.

Abg. Graf Franckenberg konstatiert, um Missverständnissen vorzubringen, daß es ihm nicht beigekommen sei durch seinen vorher gebrauchten Ausdruck die Aristokratie des Geistes und der Kunst hinter der G. B. und des Ranges zurückzustellen. (Beifall.)

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird die Vorlage in allen Theilen angenommen. Gegen den Zusatz für die Botschaft in Rom stimmen außer der Zentrumspartei nur die Polen und zwei Sozialdemokraten.

Der Gesetz Entwurf betreffend die weitere geschäftliche Behandlung der drei Justizgesetze wird hierauf in dritter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Übersicht der ordentlichen Ausgaben des deutschen Reichs für das Jahr 1874 mit dem Maßstab der Staatsüberzeitungen und der außerordentlichen Ausgaben. Das Haus tritt den in weiter Beratung angenommenen Anträgen der Budgetkommission auch diesmal ohne Diskussion bei.

Hieran schließt sich Petitionsbericht. Die Petition wegen Ermäßigung des Eingangszolles auf das N. stile Kindermehl geht zur Berücksichtigung an den Reichskanzler. Die Petition der Eltern des Buchhändlers Seeger in Leipzig wegen Entfärbung aus Reichsmitteln für vom deutschen Konsul Bezin in Philadelphia unterzulegten 4000 Dollar — wird durch Tagesordnung erledigt. Die Petition des Münzmeisters Ander sen wegen Justizverweigerung geht abermals an den Reichskanzler. Eine Petition der Stadt Ottenberg wegen Berichtigung in eine andere Servisslasse geht ebenfalls an den Reichskanzler zur Berücksichtigung. Ein Beratungsantrag wird um 3½ Uhr abgelehnt und das Haus tritt der vorgerückten Stunde ungeachtet in die Debatte über die sogenannte Beugnisswirking. Petition.

Befannlich petitioniert der ständige Ausschuß des deutschen Journalistenrates um den Erlass einer bestimmten gesetzlichen Vorschrift zu dem Zweck, daß sobald nach § 20 des Reichsverfassungsgesetzes der Rektorat haßbar ist, jede zwangsweise Ermittelung eines anderen Schulwesens wegfällt, also auch kein bei Herstellung oder Verbreitung des betreffenden Preherzeugnisses Verhältnis zum Beugniss über Verfasser oder Empfänger desselben genähigt werden kann.

Der Referent Abg. Hoffmann beantragt, die Petition an die Reichsjustizkommission zur Erwägung und eventuellen Berücksichtigung bei Beratung der Strafprozeßordnung zu überreichen.

Von der gewöhnlichen Presse, wonach Petitionen über Gegenstände, mit welchen bereits eine Kommission beschäftigt ist, an die durch den Präsidenten des Reichstages direkt übergeben werden, hat die Petitionskommission, wie der Referent ausführt, Abstand genommen. Denn es sei nicht zu verkennen, daß der mehrfach erwähnte und durch die öffentlichen Blätter hinreichend bekannt gewordene Fall der Frankfurter Zeitung vom letzten Sommer, welcher hauptsächlich die Petition hervorgerufen, ein ungewöhnliches Aufsehen in ganz Deutschland und auch im Auslande erregt habe. Nicht bloß der Journalistentag, sondern auch der im vergangenen Sommer in Nürnberg versammelte gewogene Juristentag habe die Sache lebhaft erörtert, und ebenso sei sie im Publikum vielfach und thäufig mit unverkennbarer Erregung besprochen worden. Es habe sich an diesem Falle in elateranter Weise gezeigt, wie sehr die Frage wegen des Beugnisswanges gegen die bei der Presse Verhältnisse eine Lebhaftigkeit für dieselbe, insbesondere für den Theil derselben sei, welcher nicht über ein großes Material von verantwortlichen Mitarbeitern gebiete, und es sei daher in bohem Maße angezeigt, daß der Reichstag vor dem ganzen Lande, also in öffentlicher Verhandlung, sich über einschlägigen Fragen ausspreche. Er sei dies ebensowohl der Presse selbst, deren große Bedeutung für das gesamte konstitutionelle Leben nicht bestritten werden könne, wie der öffentlichen Meinung schuldig, welche in der Sache lebhaft Partei ergriffen habe. Auch der Justizkommission würde, ebenso wie den verbliebenen Regierungen, die Verhandlung im Reichstage, behufs der von ihnen einzuhaltenden Stellung zur Frage wegen des Beugnisswanges nicht unwillkommen sein können.

Nach dem Schluß des Referats beschließt das Haus, um 4½ Uhr, die weitere Verhandlung zu verlegen. — Räcke Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Petitionen und Anträge). — Der Präsident zeigt an, daß er die Tagesordnung der Donnerstaatung die weitere Beratung der Strafgesetze novelle zu sehen beabsichtige.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 25. Januar.

— Die Koryphäen der ultramontanen Partei entwickeln jüngst wieder eine sehr rege Thätigkeit, namentlich durch Veröffentlichung von Broschüren und Flugschriften. Außer der Reichensperger'schen Broschüre: „Kulturlampf oder Friede in Staat und Kirche?“ werden demnächst zwei Schriften von Dr. Conrad Martin und dem Bischof von Mainz erscheinen. Der Bischof von Paderborn hat sich „Friedum und Wahrheit in den großen Fragen der Gegenwart“ zum Thema genommen, während der streitige Freiherr von Ketteler, die Gefahren der neuen Schulgesetzgebung für die religiöse „christliche Erziehung der Kinder in den Volksschulen behandelt wird. Der Bischof von Mainz hat in diesen Tagen auch eine Erklärung in dem „West. Merkur“ erlossen, in welchem er gegen den von dem Oberpräsidenten von Kühlwetter erhobenen Vorwurf staatsfeindlicher Gesinnung Protest einlegt. Er versichert, an entschiedener Loyalität

leinem nachzustehen und wiederholt die alte Behauptung, daß Bischöfe durch ihr Gewissen gezwungen seien, so zu handeln.

— Fünf lange Jahre haben nicht hingereicht, die verböse Eraktion und den Deutschen Hass in Frankreich so zu dämpfen, da nicht immer noch wieder die felsamsten Eruptionen solcher kindischen Leidenschaft zu verzeichnen wären. Dem „Brs. C.“ wird hierfür einladend Beispiel mitgetheilt:

Dem Hauptmann Griesheim vom 1. Garde-Regiment ist diese To die Herausforderung eines französischen Offiziers zugegangen, weil keine andere Ursache des beabsichtigten Duells kennt als die „nationalen Antipathie.“ Gleichzeitig hat man dem genannten preußischen Hauptmann angezeigt, daß noch dreißig andere Briefe gleichen Inhalts unterwegs seien. Herr v. Griesheim hat das wunderliche Schriftstück des Regiments Kommandeur übermacht und wird im weiteren Verlauf der Sache von deutscher Seite bei dem auswärtigen Amt Frankreich die beobachtete Anfrage gestellt werden, wie derartige Aktionen eines politischen Fanatismus von aktiven französischen Leuten möglich seien.

Unseres Erachtens muß es mit der Neorganisation der französischen Armee traurig stehen, wenn Dienst und Disziplin den Offizieren statt, nach der Gloire von „Duell“ wegen nationaler Antipathie zu streben.

In seinem Ministerialblatt hat jetzt der Justizminister Gründe und gegeben, welche ihn bewogen haben, das sechs Jahre bestehende Regulativ für die Vorbereitung zum höheren Justizdienste einer Änderung zu unterziehen, wobei namentlich als durchgreifendste die bezeichnet wird, welche die Zeit für die zur grossen Staatsprüfung zu liefernde wissenschaftliche Arbeit von sechs Monaten auf sechs Wochen herabsetzt. Diese Änderung wird besonders dadurch begründet, daß den Referendaren ein halbes Jahr an der Vorbereitung zeit verloren ging, und sie außerdem verleitet wurden, die Grenzen zu überschreiten, die ihnen eigentlich gestellt werden sollten, dabei Dinge zu berühren, welche außerhalb des eigentlichen Themas liegen. Die jetzige Einrichtung wird, wie der Minister hofft, von großer Wirkung sein. Sehr treffend ist auch das, was die Motive für die bessere Beschäftigung der Referendare bei den Kollegialgerichten anführen, so daß ihnen fortan Gelegenheit gegeben werden soll, i. Meinung auszusprechen und ihr Urtheil zu schärfen.

— In der Affäre Bamberger Meyer ist am Sonnabend der dem Abg. Bamberg zur Seite gestandene Schriftsteller Hans Sophie Hopfen, welcher den ablehnenden Bescheid Bamberg in Bezug der Annahme zum Duell dem Kartellräger Meyer's, Klee, überbrachte, von dem Untersuchungsrichter vernommen worden. In der nächsten Woche wird auch die Vernehmung des Abg. Dr. K. in dieser Angelegenheit stattfinden.

— Wie die „Brs. Btg.“ hört, beabsichtigt der Prediger Sydow demnächst in den Ruhestand zu treten, da sein hohes Alter und seine körperlichen Leiden ihm die fernere Fortführung seines Amtes nicht mehr gestatten, wie er denn schon seit längerer Zeit sehr oft seinen Geschäften hat Berücksichtigung in Anspruch nehmen müssen. Inhalt der Gemeinde geht man nun mit der Absicht um, dem würdevollen Geistlichen in Anerkennung seiner langjährigen, reichgefeierten Wirksamkeit sein ganzes bisheriges Einkommen als Ruhesgehalt zu wählen, und werden in den betreffenden Berücksichtigungen gepflogen.

— In Börsenkreisen soll man, wie die „Trib.“ unter Vorbereitung, die „Berliner Handelsgesellschaft“ als dasjenige Banken bezeichnen, durch welches die „Kurstrreiberei“ der den Börsialfonds überwiesen „ungarantirte Eisenbahnpapiere“ am 3. Januar erworben wurden ist. Selbstverständlich ist diese Operation nicht auf die Initiative des genannten Instituts, sondern auf das Mandat dritter Person zurückzuführen, über deren Identität bis jetzt noch Geheimnis herrscht. Interesse der Sache scheint eine Auflösung über diesen Punkten zu wünschenwerth.

Kulm, 23. Januar. [Polnischer Vorschußverein]. Königliche Regierung hat die sehr wichtige Entscheidung gefällt, die polnischen Vorschußvereine (banki ludowe, Börschanken) den Schriften des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 unterliegen. Es demgemäß die polizeiliche Überwachung dieser Vereine angeordnet worden.

Neisse, 21. Januar. Die Vertreter der hiesigen Pfarrgemeinde und des Oberholptals sind bekanntlich bereits in zwei Instanzen voreinigt, den hiesigen Altkatholiken die Mithilfe und Unterstützung zu gewähren, welche die Kirche zu gestalten. Die Beklagten haben nun zwar die Klagebeschwerde beim Ober-Tribunal eingereicht, doch wird hier die Erzielung des Erkenntnisses nicht gehindert. Deshalb hatten Altkatholiken beschlossen, von dem ihnen zustehenden Rechte 19. d. M. Gebrauch zu machen und Gottesdienst abzuhalten. Der Altkatholische Vorstand vermittelte am 10. Uhr sich nach Kirche nebst und verließ sie sofort, die im November 1874 so meisterhaft verbarrikadiert waren, verlor aber nicht die Kirchenbücher zu öffnen vermochte, wodurch eine Deputation an den Herrn Stadtpfarrer Neumann entsendet wurde. Der Herr Kuratus Renelt, welcher mit einigen ultramontanen Söhnen an der Kirche erschienen war, um aufzuhören, ob die Altkatholiken vielleicht Gewalt anwenden würden, erklärte dem Vorstand auf den Befragen, ob er vielleicht im Befolge der Schließung zur Sakristei wär, „das geht Sie gar nichts an!“ — Der Altkatholische Vorstand entfernte sich hierauf und machte der auf der Bürgerstraße barrenden Menge bekannt, daß kein Gottesdienst stattfinden würde. Abgezogene von einem unpassenden Redenarten, die einige fanatisch ultramontane dem an gehenden Vorstande nachschickten, sind keinerlei Nebensühnungen vorgenommen; die Menge zerstreute sich allerdings nur sehr langsam und mußte wiederholt von der Polizei zum Auseinandergehen aufgefordert werden. Ein Tausend, welches in der Kirche stattfinden sollte, wurde vom Herrn Pfarrer Stricksberg in der evangelischen Pfarrkirche vorgenommen. Da der ganze Skandal nur für die sogenannten kleinen Leute, die Arme der römisch-katholischen Kleriker in Neisse war, um sie gegen die Altkatholiken zu bezeugen, brauchte ich wohl nicht weiter zu erörtern. Es unterteilt seinem Zweck, daß der niederländische Gottesdienst nicht mehr verhindert werden kann, da die evangelische Kirche zugelassen ist. In gebildeten Kreisen ist der Unwillen gegen die ultramontane Toleranz groß.

Kassel, 22. Januar. Eine in unserem Dezennium seltene Appellation wegen Gotteslästerung wurde heute bei dem hiesigen Appellationsgericht verhandelt. Der Klempnergelehrte Kaiser von hier, ein eifriger sozialistischer Agitator, hatte in einer vor drei Monaten abgehaltenen Volksversammlung die auf Gott heilige Worte getroffen, es müsse ein erbärmlicher Vater seiner Kinder sein, der dem einen Sohn Alle, dem anderen aber Nichts gebe, und war deshalb eine Anzeige des mit der Beaufsichtigung der Versammlung betrauten Polizei-Kommissarius vom Kreis-Gericht in eine zweitmonatige Gefängnis-Strafe verurteilt worden. Zufolge einer legeren Berufung kam es heute bei noch maliger Vollständiger Beweisaufnahme, außer der Zeugenaussage, außer den Vorlesungen des Polizeikommissars, welcher auch eine Verlegung seines religiösen Gefühls vorgab, nicht belasten

lauteten. Der Angeklagte selbst räumte ein, jene Auszehrung aber nur in ganz hypothetischer Form gethan zu haben, bestritt indessen, daß mit derselben eine Lästerung des nach seiner Überzeugung gar nicht existierenden persönlichen Gottes beweckt gewesen sei. Der Oberstaatsanwalt hielt dagegen unter Hinweis auf den absolut beschimpfenden und objektiv das religiöse Gefühl verleidenden Ausdruck die Anklage aufrecht, lediglich Bekräftigung des erstaunlichsten Erkenntnisses beantragend. Im Speziellen betonte er, daß in solchen Versammlungen zynische Bemerkungen ja weit lieber gehört würden, als ernste und ruhige Vorträge, daß der Landäffizie, eines jeden Verständnisses panthetischer Lehren entbehrende Nationalismus auf dem Programme der Sozialdemokratie siehe u. vgl. Das Urteil soll kommenden Sonnabend vorliegen werden.

Rom, 23. Januar. Die "Voc della Verita," das halbmäßige Organ der Kurie enthält folgende Auslassung:

"Die Gazette d'Italia," nicht zufrieden, die Leser mit ihren eigenen Würchen über die Angelegenheiten des Vatikan zu unterhalten, leiste ihnen unlängst die den "Italienischen Nachrichten" entnommene Fabel vor, "daß in Rom ein deutscher Prälater erwartet werde, welcher vom Papst beauftragt sei, mit dem anderen Bischöfen einen ehrenvollen Vergleich aufzuständig zu machen, um der gegenwärtigen Lage des Klerus in Deutschland ein Ende zu bereiten. Dieser Prälater würde zur Zeit der Ankunft des Monstaniore Ledochowski in Rom eintreffen." Da die gegenwärtige Lage des Klerus in Deutschland darauf zurückgeführt werden muß, daß gewisse bürgerliche Gesetze mit der göttlichen Einrichtung der Kirche unvereinbar sind, so liegt es weder den Bischöfen noch dem Papste ob, einen Ausgleichsmodus aufzuständig zu machen. Es hängt dies vielmehr von dem Urheber der erwähnten Gesetze ab. Von Seiten des heiligen Vaters hat niemand einen derartigen Auftrag erhalten können. Und da von Kardinal Ledochowski die Rede ist, so darf man annehmen, daß das erwähnte italienisch-deutsche "Reptil" beabsichtigt hat, eine Polemik über diesen Punkt zu veranlassen; vielleicht lediglich zu dem Zweck, zu erfahren, ob Seine Eminenz Ledochowski in Rom erwartet wird. Da dieser Hinstüt können wir nun befugt "Reptil" nicht zufriedenstellen, da wir selbst gern hierüber etwas erfahren möchten. Es nimmt uns aber Wunder, daß die "Italienischen Nachrichten" anderwärts wie in der Berliner Rundschau diese Nachrichten suchen. Da das Gefängnis des gefangenen Kardinals sehr streng bewacht wird, so können wir die Absichten Seiner Eminenz nicht erfassen und noch viel weniger die Anordnungen desselben, der in Berlin zu befehlen hat. Trotzdem müssen wir bemerken, daß der Augenblick für einen Vergleich oder eine Auslöschung mit der deutschen Regierung uns schlecht genug gewählt erscheinen würde. Denn einerseits wird der Kardinal-Erzbischof von Polen noch in Gefangenschaft gehalten, andererseits sehen wir so viele Bischöfe und Priester im Exil und den erwähnten Erzbischof einem Verfahren unterwochen, welches den Zweck hat, mit der angeblichen Absetzung des selben zu schließen."

Lokales und Provinzielles.

Posen, 26. Januar.

r. Dem Ingenieur Thompson, der, wie bereits neulich mitgeteilt, zum Oberinspektor der biesigen städtischen Gas- und Wasserwerke zunächst interimistisch auf ein Jahr ernannt worden ist, und der in seine neue Stellung Mitte Februar v. J. eintritt, werden die Funktionen und der Titel eines Stadt ingenieurs übertragen werden. Derselbe wird somit nicht allein den Direktor der städtischen Gas- und Wasserwerke zu vertreten, sondern auch alle diejenigen städtischen Arbeiten, die in das Ingenieuramt einschlagen, als da sind: Kanalisation, größere Eisenkonstruktionen &c. zu leiten und zu beaufsichtigen haben. Es wird dadurch der Stadtbaurath, dem bisher auch dieser Zweig der städtischen Verwaltung überwiesen war, angesichts der bevorstehenden bedeutenden städtischen Bauten nicht unwe sentlich entlastet werden.

Bielefeld, 24. Januar. Am 7. v. M. wurde der Propst Gorecki aus Koeko bei Bielefeld wegen Beleidigung des königl. Kommissarius für die Verwaltung des erzbischöflichen Vermögens zu Posen, Freiherrn von Wassenbach von dem Kreisgericht zu Schönlanke unter Annahme mildernder Umstände zu 20 R.-M. verurtheilt. In seinem Protest gegen die wider ihn verhängte Disziplinar-Geldstrafen verglich er das Vorgehen des königl. Kommissarius mit der heutigen Türkewirtschaft in der Herzegowina.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 25. Januar. Wochenübersicht der Reichsbank vom 22. Januar.

Aktiva.

1) Metallbest. (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund sein zu 1392 M.	berechnet	M. 437.271.000 Abn.	692.000
2) Bestand an Reichskassenscheinen		27.308.000 Abn.	181.000
3) Bestand an Noten anderer Banken		8.189.000 Abn.	2.420.000
4) Bestand an Wechseln		409.403.000 Abn.	15.577.000
5) Bestand an Lombardforderungen		53.967.000 Abn.	2.518.000
6) Bestand an Effekten		21.000 Abn.	14.000
7) Bestand an sonstigen Aktiven		36.209.000 Abn.	635.000
Bassiva.			
8) das Grundkapital		115.140.000 Bun.	746.000
9) der Reservestonds		12.000.000 unverändert.	
10) der Betrag der umlaufenden Noten		667.238.000 Abn.	12.106.000
11) die sonstigen tgl. fäll. Verbindlichkeiten		55.218.000 Abn.	11.595.000
12) die an eine Kündigungssfrist gebundenen Verbindlichkeiten		101.180.000 Abn.	80.000
13) die sonstigen Bassiva		2.318.000 Bun.	43.000

Bien, 25. Januar. Die Einnahmen der franz.-österr. Staatsbahn betrugen in der Woche vom 15. bis zum 21. Januar 732.827 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehr- einnahme von 157.225 Fl.

Vermischtes.

* Die Eiswerke in Rummelsburg stehen — so melden unterm * die Berliner Blätter — seit 6 Uhr früh in Flammen.

* Zur Explosion in Bremerhaven. Es ist bereits berichtet, daß Thomas' alter Wahrscheinlichkeit nach identisch ist mit einem A. K. Thompson, der sich im Sommer 1865 in St. Louis im Souborn Hotel aufhielt. Der "St. Louis Republican" bringt einen ausführlichen Bericht, dem indeß zur Veröffentlichung wenig zu entnehmen ist. Bekanntlich hatte der Thompson zu jener Zeit viel Geld zur Verfügung und zwar soviel, daß der Besitzer des Gasthauses die Verantwortlichkeit der Aufbewahrung ablehnte. Thompson hatte die Beute 70.000 Doll. in 11. St. Bonds in den Geldschranken des Hotels niesen. Obwohl von gesäßigen Wesen, lag etwas Unheimliches über seinem Treiben. Auffallend war seine Intimität mit einem alten französischen Kellner des Hotels der auch Thompson hieß, mit dem er in Nassau, Providence, dem Rendezvous der Blockadebrecher bekannt geworden sein wollte. In St. Louis verheirathete sich Thompson, wie schon gezeigt, mit der Tochter des Modisten Frau Paris und lebte nach der Rückkehr von der Hochzeitreise nach Chicago noch einige Monate in St. Louis. Eine eigenhümliche Begegnung mit einem Vater R. Smoot von Baltimore ist erwähnenswert. Derselbe lebte unter Einsiedlung einer Photographic und unter dem Versprechen einer Belohnung von 1000 Pfd. St. Nachforschungen nach einem Alexander Keith Thompson in St. Louis anstellen, und da Thompson selbst die Hilfe eines Detektives kurz zuvor in Anspruch genommen hatte, so war er

leicht relogosiert. Er befand sich um die Zeit in Highland, Ill.; Mr. Smoot, der selbst eintraf, verschaffte sich einen Verhaftungsbefehl und im Begleitung eines Gerichts- und Polizeibeamten suchte er den Thompson auf. Der Anblick des Smoot soll Thompson ganz außer Fassung gebracht haben; er zitterte und hatte eine Anwandlung von Ohnmacht, ja scheint die Absicht gehabt zu haben, mit einem auf dem Tische liegenden Revolver sich zu erschießen. In einer Konferenz zwischen Smoot und Thompson wurde indeß die Sache bald geordnet. Sie begaben sich nach St. Louis und Thompson übertrug seinem Gegner ein Paket mit 5—20er Bonds, die er der St. Louis Bank entnahm. Was die Differenz betraf, hat man nicht erfahren; es verlautete aber, daß Thompson sich den dem Smoot zukommenden Theil des Gewinns aus einem Blockadebruch angeeignet habe. Thompson blieb auch nachher in aufflender nervöser Aufregung. Aus einer Unterhaltung will der Polizeibeamte entnommen haben, daß Smoot und Thompson innerhalb sechs Wochen acht Dampfer verloren hatten. Ein ihnen zugehöriger Dampfer "Toquette" lag gerade damals in Delaware. Thompson ging bald nach Europa und ist von einem Bekannten aus St. Louis in Deutschland gesehen worden.

Anderweitige Nachrichten aus New York bestätigen, daß sich keine Spur von Mitzuhilfigen drüben hat entdecken lassen. In einer der ersten Vernehmungen hatte Thomas einen Mr. Stedmore als Abhänger des Fasses von New York genannt. Wie sich herausstellt, ist dieser Stedmore ein Agent am Zollhaus, der lediglich auf Thomas' Anordnung die Ausklärung des Fasses besorgt hat. Das Fass war bei Ankunft im Zollhaus geöffnet worden; der Inhalt war als Cement angegeben und der Sprengstoff ist auch dafür angesehen. Thomas hat es selbst später in Empfang genommen und die Rücksendung veranlaßt.

Der Mechaniker Fuchs aus Bernburg, welcher gegenwärtig ein im Panoptikum zu Berlin ausgestelltes Exemplar der "Uhr des Thomas" erklärt, giebt über die wahre Ursache der zu frühen Explosion der Kiste folgende Auskunft: Thomas habe den Hauptverdacht darauf gelegt, daß die Uhr mindestens 10 Tage gehe und in dieser Zeit nur wenig diffirierte, daß der eiserne Hebel mit einer Kraft von mindestens 25 Pfund niederschlage, und daß durch eine Ziffernscheibe sich — ähnlich wie bei einer Weckeruhr die Stunde — hier der Tag vorausbestimmen lasse, an dem der Hebel fallen soll. Er hat nicht gefragt, daß auf Stöße und dergleichen Rücksicht zu nehmen sein werde, und so wurde auch hiergegen keine Vorstabilitätsregel angewandt. Dieses Versehen des Thomas allein war die Ursache, daß der Hebel des Uhrwerks in Folge der Stöße und Erhüttungen, die bei Verladung der Kiste vorkamen, sich so früh löse und die Explosion schon in Bremerhaven erfolgte. Wäre eine Vorstabilitätsregel gegen das zu frühe Niederholzen des Hebels durch einen Stoß angewandt worden — und dies wäre sehr leicht herzustellen gewesen — so würde die Explosion auf offenem Meere erfolgt sein und ewiges Geheimnis hätte das namenlose Verbrechen verbüßt.

Berantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Bärwalde, 25. Januar. Bei der heutigen Eiswahl eines Abgeordneten zum Reichstag für den 5. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Köslin wurde der Kandidat der konservativen Partei, Landrat a. D. v. Busse zu Berlin, mit 192 von 244 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Kandidat der liberalen Partei, Kreisgerichtsrath Kühne in Neustettin, erhielt 51 Stimmen.

Brüssel, 25. Januar. Die "Intendance belge" meldet unter ausdrücklichem Vorbehalt, die stricken Kohlengrubenarbeiter in Charleroi hätten sich trotz des Verbotes der Behörden zusammengerottet, seien aber durch die Gendarmen sofort wieder zerstreut worden. Zu einem ernstlichen Zwischenfall sei es hierbei nicht gekommen. Der Streik sei im Abnehmen begriffen.

Madrid, 25. Januar. Die Wahlen zu den Cortes sind nun mehr beendet. Von den gewählten 406 Deputirten gehören 30 der Partei Sagasta's an, 10 sind Klerikal, die kantonalistische Partei ist durch einen Deputirten, die Partei der gemäßigten Republikaner durch Castellar vertreten. Alle übrigen Gewählten sind Anhänger der gegenwärtigen Regierung. Canovas del Castillo ist hier mit großer Mehrheit gewählt worden.

Petersburg, 25. Januar. Man hofft lebhafte Besorgniß für das Leben der Schwester des Kaisers von Russland, Großfürstin Maria, verwitwete Herzogin von Leuchtenberg, welche an der Wasserkucht erkrankt ist. Die Hofküche wurden deshalb bis auf Weiteres abgesagt. — Fürst Urussov, bisher erster Sekretär bei der Botschaft in Wien, wurde statt des Herrn v. Kopist zum diplomatischen Agenten Russlands beim Papst ernannt.

Petersburg, 25. Januar. Der Kaiser hat dem Baron Stieglitz, welcher dem Stiftungsfond der technischen Realschule ein Geschenk von 1 Million Rubel zugewendet hat, in einem besonderen Handschreiben seinen Dank zu erkennen gegeben. — Der "Regierungsanzeiger" veröffentlicht die Namen der neu ernannten Präsidienten für die Bezirksgerichte und des Staatsanwalts bei dem Justizsenat in Warschau.

Konstantinopel, 24. Januar. Nach der Darstellung des türkischen Konsuls in Ragusa, von welchem eine vom 21. c. datirte Depeche eingegangen ist, wurden die am 18. und 19. bei Trebinje flattgehabten Kämpfe mit den Insurgenten durch eine Rekonnoisirung der Garnison von Trebinje herbeigeführt. Die Insurgenten verloren ihren Anführer Bocevic und wurden zurückgeschlagen.

Bukarest, 25. Januar. Die Deputirtenkammer hat ihre Sitzungen heute wieder aufgenommen. Von Seiten der Regierung sind verschiedene Vorlagen eingegangen. Der Kriegsminister brachte einen Antrag ein auf Bewilligung eines Extrakreites von 5,600,000 Fr. zur Besteitung der Kosten für die Ausrüstung der Armee und forderte für diesen Antrag die Dringlichkeit. Dieselbe wird zugestanden. Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf vor, nach welchem die Landesmünzen häufig mit dem Bildnis des Fürsten geprägt werden sollen.

Telegraphische Börsenberichte.

Bremen, 25. Januar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white lolo 13 40, a —, pr. Januar 13. 40, a —, pr. Februar 13, 00. pr. März 12, 50. Schr. fest.

Kdn., 25. Januar. Nachm. 1. II. Weizen matt, biesiger lolo 20. 00, fremder lolo 20. 25. pr. März 19, 10, pr. Mai 19, 70. Roggen behauptet, biesiger lolo 15, 00, pr. März 14, 25, pr. Mai 14, 55. Hafer matt, lolo 17, 50, pr. März 16, 90. Rüb. fest. lolo 25, 00, pr. Mai 34, 60. pr. Oktober 34, 40. — Wetter: Schöner.

Hamburg, 25. Januar, Nachmittags. Weizen lolo still, auf Termine matt. Roggen lolo still, auf Termine ruhig. Weizen pr. Jan. 197 Br. 196 Od., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 199 1/4 Br. 198 1/4 Od. Roggen pr. Januar 148 Br., 147 Od., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 150 Br., 149 Od. Hafer still. Gerste still. Rüb. still, lolo 68, pr. Mai 66 1/2, pr. Oktober pr. 200 Br. 67. Spiritus flau pr. Januar 34 1/2, pr. Febr. März 34 1/2, pr. April-Mai

35 1/2, pr. Juni-Juli pr. 100 Kilo 160 pft. 37. Kaffee sehr fest. Umsatz 3000 Sac — Petroleum fest. Standard white lolo 13 40 Br. 13, 30 Od. pr. Januar 13, 30 Od. pr. August-Dezbr. 12 30 Od. — Wetter: Nichtig.

Amsterdam, 25. Januar, Nachmitt. Getreide markt. (Schlußbericht). Weizen lolo geschäftlos, auf Termine niedriger, pr. März 274 pr. Mai 281 Roggen lolo unber., auf Termine flau, pr. März 274, pr. Mai 181 pr. Juli 182. Raps pr. Frühj. 286, pr. Herbst 387 Fl. Rüb. lolo 37 1/2, pr. Mai 37 1/2, pr. Herbst 38. Wetter: Regen.

Paris, 25. Januar, Nachmittags. (Produktenmarkt) (Schlußbericht.) Weizen pr. Januar 26, 25, pr. Februar 26, 50, pr. März 274, pr. April 26, 75, pr. März-Juni 27, 25. Mehl unb., pr. Januar 56, 50, pr. Februar 56, 75, pr. März-April 57, 50, pr. März-Juni 58, 50. Rüsse ruhig, pr. Januar 85, 25, pr. März-April 83, 30, pr. Mai-August 81, 50, pr. Septemb.-Dezemb. 80, 00. Spiritus fest, pr. Januar 44, 50, pr. Mai-August 48, 00.

Antwerpen, 25. Januar, Nachmittags. (Getreidemarkt) (Schlußbericht.) Getreide markt. Weizen unb. Roggen unber. — Getreide markt (Schlußbericht). Kaffee ruhig, schw. — Gerste unverändert.

Berneum-Markt (Schlußbericht). Kaffee ruhig, Lyre weiß lolo 32 1/2 bei —, Br. pr. Januar 32 1/2 Br. pr. Februar 32 1/2 Br. — bz. pr. März 31 bei 30 1/2 Br. pr. April 30 1/2 Br. Steigend.

Glasgow, 24. Januar. Kaffee ein. Wares numbers warrant 63 Ss 6 d.

Liverpool, 25. Januar, Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht) Umsetz 10.000 S., davon für Spekulation und Export 2000 S. Stetig. Waddington Orleans 6 1/2%, middling amerikan 6%, farb. Holländer 4 1/2%, midd. farb. Holländer 4 1/2%, middling Holländer 4%, midd. farb. Holländer 3%, fair Bengal 4%, fair Broach 5%, ness fair Ost 4%, good fair Doma 5%, fair Madras 4%, fair Bernam 7 1/2%, Sumatra 6, fair Egyptian 7 Upland nicht unterl. middling Mai-Juni-Lieferung 6%, Jan.-Februar 6%. Preisfest.

Manchester, 25. Januar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 8 1/2, 20r Water White 9 1/2, 30r Water Gladwin 11, 30er Water Elanton 11 1/2, 40er Water Mayhill 11, 40r Water Wilkinson 12%, 36r Warcop's Qualität Howland 12%, 40r Double Weston 12 1/2, 60er Double Weston 15%, Printers 16 1/2, 8% Pfd. 117. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

London, 25. Januar. Getreide markt. (Schlußbericht) Fremde布商 seit letztem Montag: Weizen 3,240, Gerste 350, Hafer 33,860 Ohrs. — Weizen träge, fast unverändert, angedeckte Ladungen matt, Preise unregelmäßig. Andere Getreidearten bei schleppendem Geschäft in nominell unveränderten Preisen. Tendenz weichend. — Wetter: Schöner. — Die Getreide zu führen vom 15. bis zum 21. beitragen: Engl. Weizen 3,240, fremde 8277, engl. Malzgerste 20,212, fremde 1617, fremder 50,983 Ohrs. Engl. Weizl 22,082 Sac, fremdes 1001 Sac und 849 Fas.

Paris, 25. Januar, Nachts. Auf dem Boulevard wurden heute Abend bei festler Stimmung neueste Anleihe de 1872 zu 105, 38, Türken de 1865 zu 21, 00, Egyptier zu 341 und Banque ottomane zu 445 gehandelt.

Produkten-Börse.

Berlin, 25 Januar. Wind: SW. Barometer 28.7. Thermometer +3° R. Witterung: bedeckt.

Weizen lolo per 1000 Kilogr. 175—210 Rm. nach Dual. gef., gelber märk. 190,50 ab Bahn bz. selber per diesen Monat —, Jan.-Febr. —, April-Mai 193—192,50 bz., Mai-Juni 197,50—196,50 bz. — Roggen lolo per 1000 Kilogr. 147—161 Rm. nach Dual. gef., russ. 147—150, polnisch 151—152, in änd. 157—160, defekt russ. 144,50 ab Bahn bz. per diesen Monat 150,50—149,50 bz., Jan.-Febr. 149,50—149 bz., Frühjahr 149,50—149 bz., Mai-Juni 149—148,50 bz., Juni-Juli 148,50 bz. — Gerste lolo per 1000 Kilogr. 132—180 Rm. nach Dual. gef. — Hafer lolo per 1000 Kilogr. 135—180 Rm. nach Dual. gef. östl. u. westl. 150—172, vomm. und mehl 154—173, russ. 159—172 böh. u. sächs. 164—173 ab Bahn bz. per diesen Monat —, Jan.-Febr. —, Frühjahr 161—160 bz., Mai-Juni 162—161 bz., Juni-Juli 163 B. 162 bz. — Erbsen per 1000 Kilogr. 176—210 Rm. nach Dual. Butterware 166—175 Rm. nach Dual. — Käses per 1000 Kilogr. — — Rübblen — — Leinöl per 100 Kilogr. lolo ohne Fas 58 Rm. — Rübblen per 100 Kilogr. lolo ohne Fas 64 Rm. mit Fas —, per diesen Monat 65 B., Jan.-Febr. do., April-Mai 65,4 bz., Mai-Juni 65,5 bz., Sept.-Okt. 65,6 bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Rm. mit Fas lolo 29,5 Rm., per diesen Monat 29 B., Jan.-Febr. 28,5 G., Sept.-Okt. 26,5 bz. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. lolo ohne Fas 42,2 Rm. bz., per diesen Monat —, lolo mit Fas —, per diesen Monat 44,4 bz., Jan.-Febr. do., April-Mai 46,6—46,3—45,5 bz., Mai-Juni 47 46,8—46,9 bz., Juni-Juli 48,2 bz., Juli-August 49,4 bz. 49,3—49,5 bz., Aug.-Sept. 50,4 50,3—50,4 bz. — Mehl. Weizen-

mehl Nr. 0 27—26, Nr. 0 u. 1 25,50—24 Rm. Roggenmehl Nr. 0 23,50—22 Rm., Nr. 0 u. 1 21—19,50 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inst. Sud. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inst. Sud. per diesen Monat 20,60 Rm. bz., Jan.-Febr. do., Febr.-März do., März-April 20,70—20,65 bz., April-May 20,70 bz., Mai-Juni 20,80 bz., Juni-Juli 20,90 bz., Juli-August do. (B. u. G.-S.)

Breslau, 25 Januar. Nachmittags. Spiritus pr. 100 Liter 100% pr. Januar Februar 43,00 pr. April-May 45,00 pr. Mai-Juni 45,00. Weizen pr. April-May 184,00. Roggen pr. Januar 143,00, pr. April-May 147,00 pr. Mai-Juni 149,00. Rübblen pr. Januar 64,50 pr. April-May 64,60 pr. Mai-Juni 65,00. Bini —. Weiter: —

Stettin, 25 Januar. [Amtlicher Bericht.] Wetter: bewölkt, +2° R. Nachts leichter Frost. Barometer 28.11. Wind: B. Weizen matter, per 200 Pfd. lolo gelber 156—186 Mt. weißer 180—195 Mt. Frühjahr 195—194—195 Mt. bz., Mai-Juni 199—198,50 Mt. bz., Juni-Juli 202,50—202 Mt. bz., Juli-August 205 Mt. G. — Roggen etwas matter, per 200 Pfd. lolo inländ. 150—175 Mt., russ. 140—144 Mt., per Januar u. Jan.-Febr. 142 Mt. nom. Frühjahr 145—144,50 Mt. bz., Mai-Juni 144,50 Mt. bz., Juni-Juli do. — Gerste füllig, per 200 Pfd. lolo Futter 130—145 Mt., feine 160—167 Mt. — Hafer matt, per 200 Pfd. lolo 160—166 Mt., pr. Frühjahr 162 Mt. G., 161 Mt. Gd. — Erbsen ohne Handel. — Mais per 2000 Pfd. lolo 117,50 122 Mt. — Winterrüben unverändert, per 2000 Pfd. per April-May 315 Mt. G., September Oktober 210 Mt. B. u. G. — Rübblen festig, per 200 Pfd. lolo flüssig ohne Fas 65,50 Mt. B., der Jan.-Febr. 64 Mt. bz. 64,50 Mt. G., April-May 64,50 Mt. G., 65 Mt. B., Sept.-Okt. 64,50 Mt. B. —

Berlin, 25. Januar. Der Verkehr hatte gestern außerordentlich fest geschlossen; die fremden Meldungen lauteten jedoch bereits weniger günstig, namentlich zeigten die deutschen Blätter eine Ermattung, welche auch heute hier um sich griff. Es fehlte an besonderer Anregung; auch das Prolongationsgeschäft ist zu geringfügig, um die eine oder die andere Partei die Überhand gewinnen zu lassen, und bei den unbedeutenden Exportfächern kann weder von einem merklichen Stude mangel, jedoch auch kaum von einem Stück überschuss die Rede sein. Tonangebend waren heute Lombarden, welche gestern am Schlus bis 205 getrieben, heute schnell auf 147 sanken. Ob der eine oder der andere Kurs der wirklichen Lage des Unternehmens besser entspricht, muß dahingestellt bleiben. Die augenblickliche Bewegung scheint vorzugs weise auf eine ungünstige Auffassung des basler Beitrages zurückzu-

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 25. Januar 1876.

Prenzische Fonds und Geld-Course.

Konsol. Anleihe	4½	105,10	bz
Staats-Anleihe	4	99,25	G
Staats-Schuld.	3½	92,40	bz
Kur. u. Nm. Sch	3½	93,00	B
Ob. Reichs-Obl.	4½	101,25	B
Bev. Stadt-Obl.	4½	101,40	bz
do. do.	3½	92,00	G
Görl. Stadt-Anl.	4½	99,50	bz
Rheinprovinz do.	4½	101,75	B
Schles. d. B. Kfm.	5	100,60	bz
Pfandbriefe:			
Berliner	4½	101,30	bz
do.	5	106,60	bz
Königl. Central	4	94,50	bz
Kur. u. Neumärk.	3½	86,00	B
do. neue	3½	84,00	B
do.	4	94,25	bz
do. neue	4½	91,25	bz
Pr. Brandbg. Gred.	4	94,90	B
Ostpreußische	3½	85,00	G
do.	4	94,90	B
do.	4½	101,50	G
Pommersche	3½	84,00	bz
do.	4	94,50	bz
do.	4½	102,50	G
Posenche, neue	4	94,20	bz
Sachsen	4	93,50	bz
Schlesische	3½	83,40	bz
Ausländische Fonds.			
Amerit. rfd. 1881/6	104,25	bz	
do. do.	1885/6	99,80	bz
do. Börs. (fund.)	5	100,50	bz
Norweg. Anl.	4½	97,40	bz
New-Yrk. Std.-A	7	102,30	bz
do. Goldanl	6	100,40	B
New Jersey	7	92,50	G
Deft. Pap. Rente	4½	60,40	bz
do. 250 fl. 1854/4	106,75	bz	
do. Tr. 100 fl. 1858/5	336,50	bz	
do. Lott. A. v. 1860/5	114,20	bz	
do. do. v. 1864/5	295,40	bz	
Ung. St. Eisb.-A.	5	72,00	bz
do. Poosse	5	166,00	G
do. Schatzh. 1	6	93,30	bz
do. do. kleine	6	94,00	B
do. do. II. 6	91,70	bz	
Italienische Rente	5	71,70	bz
do. Tabak-Obl.	6	100,40	bz
do. do. Actien	6	497	B
Rumänier	8	102, b	
Russ. Nicol. Obl.	4	89,50	bz
do. Centr. Bod.	5	89,50	bz
do. Engl. A. 1822/5	100,25	G	
do. do. v. 1862/5	99,00	B	
Russ. Engl. Anl.	3	68,50	G
Russ. fund. A. 1870/5	101,50	bz	
Russ. conf. A. 1871/5	98,60	bz	
do. do. 1872/5	98,80	B	
do. do. 1873/5	98,25	bz	
do. Bod. Credit	5	85,90	bz
do. Pr. A. 1864/5	185,40	bz	
do. do. v. 1866/5	184,90	bz	
do. 5. A. Stieg. 5	81,75	G	
do. 6. do. do.	97,50	bz	
do. do. kleine	4	84,00	bz
do. do. 5	77,40	bz	
do. do. Liquidat.	4	68,25	B
Türk. Anl. v. 1865/5	20,80	bz	
do. do. v. 1869/5	410,00	bz	
do. do. do. volgzes.	3	45,00	bz
* Wechsel-Course.			
Amsterd. 100 fl. 8 T.	169,00	bz	
do. 109 fl. 1 M.	168,30	bz	
London 1 Ester. 8 T.	20,36	bz	
do. do. 3 M.	20,18	bz	
Paris 100 Fr. 8 T.	80,95	bz	
Blg. Blgl. 100 Fr. 8 T.	80,95	bz	
do. do. 100 Fr. 2 M.	80,50	bz	
Wien St. Währ. 8 T.	176,00	bz	
Wien St. Währ. 2 M.	174,70	G	
Petersb. 100 R. 3 B.	262,30	bz	
do. 100 Rub. 3 M.	260,00	bz	
Goth. Pr. Pfdr.	5	110,40	bz
do. II. Abt.	5	105,75	bz
do. Pr. A. v. 1866/3	173,00	bz	
Eüber. Pr. Anl.	3½	172,50	bz
Meißl. Eisenb. 3½	89,90	bz	
Meiningen Loope	20,10	bz	
do. Pr. Pfdr.	4	101,00	bz
Döbeln. Loope	3	138,00	B
D. G. B. Pf. 110/5	102,70	bz	
do. do. 4½	95,00	B	
Dtsch. Hypoth. unf.	5	100,75	bz
do. do. 4½	95,75	bz	
Mein. Hyp. Pf. 5	100,50	G	
Arndt. Grdr. H. 5	101,00	bz	
do. Hyp. Pfdr. 5	101,50	bz	
Pomm. B. 1. 120/5	105,00	bz	
do. II. IV. rfd. 110/5	101,50	bz	
Deutsche Fonds.			
P. A. v. 500 Gr.	1393	G	
Dreide. Banknot.	99,83	G	
do. einschl. Leipz.			
Franz. Banknot.			
Dest. Banknot.	176,25	bz	
do. Silbergulden	184,00	G	
do. ¼ Stütze			
Russ. Noten	263,50	bz	
Souvereigns	20,29	G	
Napoleond'or	16,19	bz	
do. 500 Gr.			
Dollars			
Imperials			
do. 500 Gr.	1393	G	
Fremde Banknot.	99,83	G	
do. einschl. Leipz.			
Franz. Banknot.			
Dest. Banknot.	176,25	bz	
do. Silbergulden	184,00	G	
do. ¼ Stütze			
Russ. Noten	263,50	bz	
Deutsche Fonds.			
P. A. v. 500 Gr.	1393	G	
Fremde Banknot.	99,83	G	
do. einschl. Leipz.			
Franz. Banknot.			
Dest. Banknot.	176,25	bz	
do. Silbergulden	184,00	G	
do. ¼ Stütze			
Russ. Noten	263,50	bz	
Deutsche Fonds.			
P. A. v. 500 Gr.	1393	G	
Fremde Banknot.	99,83	G	
do. einschl. Leipz.			
Franz. Banknot.			
Dest. Banknot.	176,25	bz	
do. Silbergulden	184,00	G	
do. ¼ Stütze			
Russ. Noten	263,50	bz	
Deutsche Fonds.			
P. A. v. 500 Gr.	1393	G	
Fremde Banknot.	99,83	G	
do. einschl. Leipz.			
Franz. Banknot.			
Dest. Banknot.	176,25	bz	
do. Silbergulden	184,00	G	
do. ¼ Stütze			
Russ. Noten	263,50	bz	
Deutsche Fonds.			
P. A. v. 500 Gr.	1393	G	
Fremde Banknot.	99,83	G	
do. einschl. Leipz.			
Franz. Banknot.			
Dest. Banknot.	176,25	bz	
do. Silbergulden	184,00	G	
do. ¼ Stütze			
Russ. Noten	263,50	bz	
Deutsche Fonds.			
P. A			